

Dokument

Zehn Thesen zum Umgang mit der Vergangenheit

1. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist eine gesamtdeutsche Verantwortung schon deshalb, weil die DDR ohne die Bundesrepublik nicht zu definieren war. Beide Staaten waren die Folge der NS-Diktatur und ihres imperialen Krieges. Eine Diskreditierung der Aufarbeitung als eine leicht-herzige Siegerlaune des Westens, die den Deutschen im Osten oktroyiert wird oder als Friedensstörung und innergesellschaftliche Vergiftung ist der Versuch, die Wahrheit zuzudecken.

2. Das Prinzip der Aktenöffnung des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes ist Ergebnis der demokratischen Revolution. Die Tätigkeit der Behörde des Bundesbeauftragten Gauck wird als unparteilicher, fairer Umgang mit dem Aktenmaterial anerkannt. Die Akten, die von den Tätern geführt wurden, waren das Handwerk der Diktatur. Sie ermöglichen Zugang zu den Biographien der Opfer und dokumentieren den Widerstand einzelner und von Gruppen.

3. Die Tätigkeit der Gauck-Behörde muß verstärkt und ausgeweitet werden, um die schnelle und unkomplizierte Akteneinsicht zu ermöglichen. Ferner muß die volle Arbeitsfähigkeit der Außenstellen hergestellt, der im Gesetz vorgesehene Beirat sofort eingesetzt werden, die Abteilung "Bildung und Forschung" ihre Arbeit aufnehmen, die Bürgerrechtler müssen als Sachverständige in diese Arbeit einbezogen werden.

Nur auf diese Weise können die Rechte der Opfer (langjährige Haftstrafen, gesundheitliche Beschädigungen, Ausweisungen) auf Rehabilitierung gewährt werden.

4. Eine Bewertung der DDR-Vergangenheit muß der Tatsache Rechnung tragen, daß die Diktatur den einzelnen in Situationen bringt, die dem Leben in einer Demokratie unbekannt sind. Versuchungen und Zwang, sich der Macht, die als unabänderlich galt, zu unterwerfen, waren ungleich größer. Viele Menschen mußten Kompromisse machen und Umwege gehen.

5. Die Führungsspitze der SED, der Block-Parteien und Massenorganisationen sowie die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter müssen endlich zur Verantwortung gezogen werden. Ihre übergeordnete Verantwortung für das DDR-System mit seinem ausgeklügelten Unterdrückungsapparat muß Folgen haben. Dies gilt insbesondere für die bisher ungesühnte Besetzung der Tschechoslowakei 1968, die Vorbereitung von Internierungslagern und andere staatsterroristische Vorhaben.